

Die Linke auf der Suche nach der Spezifik und den Spielräumen linker Wirtschaftspolitik auf den verschiedenen Ebenen

Der Workshop vom 12. September war zweifellos ein Gewinn und keineswegs wird er abgewertet, werden zwei Tatsachen kritisch konstatiert: Erstens wurden all zu oft Kategorien verwandt, ohne sie zu definieren. So sagten mehrere Rednerinnen und Redner „Globalisierung“, „Gesellschaft“ und „Staat“ und verbanden damit sehr Unterschiedliches. Noch deutlicher zeigte sich das Problem beim Gebrauch des Begriffs „(linke) Wirtschaftspolitik“. Zweitens war viel von „wirtschaftspolitischen Ebenen“ die Rede, ohne deren Problematik und Geschichte zu reflektieren und die jeweils handelnden Akteure konkret zu benennen. Damit erschienen die „Ebenen“ als gesetzt bzw. vorrangige Angelegenheit technischer Arbeitsteilung innerhalb des Staates.

Das Anliegen des vorliegenden Beitrages besteht darin, zu erklären, was unter „linker“ bzw. „sozialistischer Wirtschaftspolitik“ verstanden werden kann, was das im Kontext mit der Frage nach „den wirtschaftspolitischen Ebenen“ bedeutet und welche elementaren Schlussfolgerungen sozialistische Wirtschaftspolitiker/innen daraus ziehen können¹.

Worum es geht

Ausgangspunkt ist die Frage nach dem Verhältnis zur sozialistischen Tradition, ihren theoretischen und ideellen Quellen. Es wäre also zu fragen: Wird die Gesellschaft, in der wir leben, als historisch entstanden, veränder- und überwindbar gesehen bzw. - was mit dem Glauben an die Überwindbarkeit zu tun hat – als überwindbar gewollt? Werden die Notwendigkeit oder der Wunsch/Wille, diese Gesellschaft zu überwinden, mit ihrem Unvermögen erklärt, individuelle Freiheit, soziale Gleichheit, solidarisches Miteinander und Vernunft im Umgang mit der Natur zu realisieren („magisches Viereck neuen Typus“²). Werden ihre Entstehung und Entwicklung als Bewegung von Produktivkräften, von Verhältnissen zwischen den Menschen erklärt und zugleich als Veränderung bzw. Wandel der gesellschaftlichen Akteure? Wird unter „Politik“ das Ringen dieser Akteure um die Durchsetzung ihrer Interessen verstanden, also die Verteidigung, Stärkung bzw. Veränderung ihrer Position in der Gesellschaft? Wird „Gesellschaft“ aufgefasst als Gesamtheit von Individuen, die in einem Zusammenhang leben, und als „Summe der Beziehungen, Verhältnisse“, in denen „die Individuen zueinander stehen“ (Marx 1974, 176)? Und wird mit „linker“ bzw. „sozialistischer Politik“ der Kampf um die Stärkung der gesellschaftlichen Position jener verfolgt, die sozial und ökologisch zerstörerische Prozesse stoppen, strukturell rückdrängen und letztendlich überwinden wollen?

Die Antworten auf diese elementaren Fragen bestimmen, wie die Herausforderung, auf den „verschiedenen Ebenen“ nach Spielräumen linker Politik zu suchen, verstanden wird. Die „Ebenen“ haben mit Vergesellschaftungsprozessen und „Staat“ zu tun. Schließlich steht die Frage, inwiefern Vergesellschaftungsprozesse und Staat die Wirkungsbedingungen für Akteure sozialistischer Politik prägen bzw. beeinflussen.

Wie Wirtschaftspolitik verstanden werden sollte

Werden hier Schriften von Marx und Engels herangezogen, so geschieht das lediglich, um zu zeigen, zu welchem Herangehen an Wirtschaftspolitik sozialistische Akteure

¹ Die folgenden Darlegungen knüpfen an Dellheim 2009, 52-57

² Dellheim 2009, 52

gelangen können, wenn sie sich das theoretische Erbe „der Klassiker“ kritisch aneignen.

„Meine Untersuchung mündete in dem Ergebnis, dass Rechtsverhältnisse wie Staatsformen ... in den materiellen Lebensverhältnissen wurzeln. ... In der gesellschaftlichen Produktion ihres Lebens gehen die Menschen bestimmte, notwendige, von ihrem Willen unabhängige Verhältnisse ein, Produktionsverhältnisse, die einer bestimmten Entwicklungsstufe ihrer materiellen Produktivkräfte entsprechen. Die Gesamtheit dieser Produktionsverhältnisse bildet die ökonomische Struktur der Gesellschaft, die reale Basis, worauf sich ein juristischer und politischer Überbau erhebt, und welcher bestimmte gesellschaftliche Bewusstseinsformen entsprechen. Die Produktionsweise des materiellen Lebens bedingt den sozialen, politischen und geistigen Lebensprozess überhaupt.“ (Marx 1961, 8-9). Engels fuhr fort: „Die politische, rechtliche, philosophische, religiöse, literarische, künstlerische etc. Entwicklung beruht auf der ökonomischen. Aber sie alle reagieren auch aufeinander und auf die ökonomische Basis. ... Es ist also nicht ... eine automatische Wirkung der ökonomische Lage, sondern die Menschen machen ihre Geschichte selbst, aber in einem gegebenen, sie bedingenden Milieu, auf Grundlage vorgefundener tatsächlicher Verhältnisse, unter denen die ökonomischen, so sehr sie auch von den übrigen politischen und ideologischen beeinflusst werden mögen, doch in letzter Instanz die entscheidenden sind und den durchgehenden, allein zum Verständnis führenden roten Faden bilden.“ (Engels 1973, 206)

Wollen die Akteure linker Politik die gesellschaftlichen Verhältnisse und mit ihnen die Stoffwechselprozesse mit der Natur so verändern, dass die Lebensbedingungen der Menschen, vorrangig der sozial Schwachen, nachhaltig verbessert werden, müssen sie ihre Position in der Gesellschaft stärken. D. h. sie müssen darum ringen, dass soviel wie möglich Menschen, darunter sozial Schwache, zu Akteuren linker Wirtschaftspolitik werden. Sie müssen gemeinsam die Produktionsverhältnisse, insbesondere die Verhältnisse zwischen den Menschen im Aneignungsprozess der Natur bzw. der Arbeitsergebnisse umgestalten.

Damit kann „sozialistische Wirtschaftspolitik“ als Ringen demokratischer Akteure um eine solche Organisation der gesellschaftlichen Arbeit, um eine solche Realisierung des materiellen gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsprozesses verstanden werden, so dass soziale, ökologische und globale Probleme demokratisch und gerecht gemildert und schrittweise gelöst werden. Das heißt, dass die sozial und ökologisch zerstörerischen Prozesse strukturell zurück gedrängt und überwunden werden.

„Strukturell“ meint die gesellschaftlichen Machtverhältnisse, die gesellschaftspolitischen Positionen der Akteure und die Beziehungen zwischen ihnen. Mit den „strukturellen Veränderungen“ finden Selbstveränderung von Akteuren, Verdrängung von Akteuren durch andere, Akteurswandel statt.

Mit der strukturellen Rückdrängung sozial und ökologisch zerstörerischer Prozesse würden die Mitglieder der Gesellschaft zunehmend einander solidarisch, sozial gleich, würden zunehmend selbstbestimmt in Würde und zugleich Vernunft im Umgang mit der Natur leben – lokal, regional, nationalstaatlich, in der EU und in Europa, weltweit. Verallgemeinert wäre also „Wirtschaftspolitik“ das Ringen gesellschaftlicher Akteure um die Durchsetzung ihrer Interessen in Bezug auf die Bewertung, Erschließung und Nutzung von Ressourcen, auf die Organisation gesellschaftlicher Arbeit, auf die

Schaffung, die Verteilung, Zirkulation und Konsumtion ihrer Arbeitsprodukte (Vergl. Dellheim 2009, 53-54). Wirtschaftspolitik ist Kampf um die Reproduktion und Veränderung von Produktionsverhältnissen, von gesellschaftspolitischen Kräfteverhältnissen in Bezug auf die Entwicklung des Wirtschaftslebens der Gesellschaft.

Der Mainstream hingegen definiert „Wirtschaftspolitik“ als „Gesamtheit aller politischen, vor allem staatlichen Bestrebungen, Handlungen und Maßnahmen, die darauf abzielen, den Ablauf des Wirtschaftsgeschehens in einem Gebiet oder Bereich zu ordnen, zu beeinflussen, zu gestalten oder unmittelbar festzulegen.“ (<http://de.wikipedia.org/wiki/Wirtschaft#Wirtschaftspolitik>)

Damit fokussiert der Mainstream auf den Akteur Staat. Bestenfalls interessieren neben diesem noch die Parlamente, Parteien mit Parlamentsfraktionen, Gewerkschaften und Unternehmerverbände.

Im Unterschied dazu können nach der entwickelten Definition aber auch Bürgerinnen und Bürger, Anti-Armutinitiativen bzw. Zusammenschlüsse von Hartz-IV-Betroffenen, Umweltinitiativen, Friedensbewegungen, im Verbraucherschutz Engagierte, Gruppen im Rahmen der lokalen und regionalen Agenden 21, PatientInneninitiativen und viele andere mehr Akteure von Wirtschaftspolitik sein bzw. werden.

Die Mainstream-Definition von „Wirtschaftspolitik“ zielt auf „gutes Verwalten und Gestalten“ des Wirtschaftsgeschehens, wobei der Staat und ggf. auch die Parlamente, Parteien mit Parlamentsfraktionen, Gewerkschaften und Unternehmerverbände darüber befinden und streiten, was „gut“ ist. Die Bürgerinnen und Bürger werden nur hin und wieder bei Wahlen vermittelt dazu befragt.

Nach der hergeleiteten Definition reden – auch außerhalb von Wahlen – und sehr unmittelbar wesentlich mehr sozial sehr heterogene Akteure mit sehr verschiedenen Interessen und politischen Positionen mit, wenn darüber gestritten wird, was „gutes Verwalten und Gestalten“ bedeutet. Bürgerinnen und Bürger sollen dazu ermutigt werden, sich in die entsprechende politische Auseinandersetzung einzubringen. Dabei kann „Gestalten“ sehr vielfältig verstanden werden, von sozialem Protest und Widerstand über Engagement für solidarische Ökonomie bis hin zur Partizipation an Haushalts-, Investitions- und Vergabeentscheidungen.

Auch wird nicht ausgeschlossen, dass es einigen Akteuren um mehr als „nur“ um „gutes Verwalten und Gestalten“ geht – um Schritte zum Ziel einer nachkapitalistischen - einer sozialistischen - Gesellschaft.

Es kann also resümiert werden, dass es immer wieder neu darauf ankommt, klarzustellen, wer was unter „Wirtschaftspolitik“ versteht und erst recht, was unter „linker“ bzw. „sozialistischer Wirtschaftspolitik“ verstanden werden soll und wer als deren Akteur gesehen wird.

Worum es sich bei den „Ebenen“ dreht

Der Übergang vom feudalen Personenverband zum Flächenstaat mit mehr oder weniger zentralisierter und bürokratisierter Machtausübung vollzog sich als langwieriger unübersichtlicher Prozess. Die Bildung zahlreicher Verwaltungsbereiche und –aufgaben, Übergänge zwischen Kirche, Staat, Lehnherren und Fürsten begleiteten den Weg vom

Lehnverband zum Ständestaat. Die Doppelmacht von Krone und Ständen erklärt die anhaltenden Konflikte zwischen beiden um Verwaltung, Finanzen, Rechtssprechung, Gewaltmonopol (Schulze 2008, 64).

Diese wenigen Zeilen illustrieren, dass die verschiedenen Verwaltungsebenen der EU-Mitgliedsstaaten eine Geschichte haben, die vielfach in den Feudalismus zurückreicht und mit spezifischer kapitalistischer Entwicklung zu tun hat.

In dieser formieren sich zum einen Nationalstaaten, die um ihre Stellung in der Welt konkurrieren bzw. Kriege führen. Zum anderen wird die Arbeitskraft gewaltsam von der Scholle getrennt, wozu der Staat gebraucht wird – der Staat als ein Akteur der Entstehung und Reproduktion von Kapitalverhältnissen. Er muss ermöglichen helfen, dass die Ressourcen für die Kapitalakkumulation in erforderlicher Qualität zur Verfügung stehen, was eine gewisse Beachtung von Reproduktionserfordernissen der Arbeitskräfte verlangt.

Der Staat ist also Raum und Repräsentant eines Zwangskollektivs in der internationalen Arena, Konzentration von vielfältiger nach innen und außen gerichteter Gewalt, Repressionsapparat zur Niederhaltung der Beherrschten, Instrument zur Durchsetzung eines allgemeinen Kapitalinteresses gegenüber individuellen Kapitalinteressen, Verwalter des Gemeinwesens, Garant eines Kompromisses unter den Herrschenden und eines gewissen Kompromisses zwischen diesen und den sozial sehr heterogenen Beherrschten mit ihren politisch einander widersprechenden Interessen. Der Staat ist die „Zusammenfassung der bürgerlichen Gesellschaft“ (Marx 1961, 639), ein ständig „umkämpftes Strukturmerkmal der bürgerlichen Gesellschaften“ (Hirsch 2001, 19). „Staat“ und „Gesellschaft“ sind immer Ausdruck eines widersprüchlichen gesellschaftlichen Gesamtzusammenhangs (Gramsci 1986, 199ff, Hirsch 1995, Poulantzas 1978).

Als „umkämpftes Strukturmerkmal“ wird auch er durch die Vergesellschaftungsprozesse und den mit diesen untrennbar verbundenen Interessenwidersprüchen verändert bzw. er verändert sich. Das betrifft auch und insbesondere seine Verwaltungspraxis, deren territoriale Gliederung, die realen Gestaltungsmöglichkeiten seiner Territorialorgane sowie sein internationalisiertes Agieren. Der Mehrebenenstaat verschleiert die Verantwortlichen (Hirsch) für die Produktion von Zwängen wie z. B. Haushaltsnöte in den Kommunen in Folge von Steuersenkungen für ökonomisch Starke.

Unter den Bedingungen des radikalisierten Liberalismus, der mit hochintensiven und hochtemporären wirtschaftlichen Internationalisierungsprozessen einhergeht, agieren der Staat und verschiedene gesellschaftliche Akteure unentwegt über die Staatsgrenzen hinweg, relativieren einst staatlich Geregeltertes und artikulieren Interessen an neuen Regelungen. Wenngleich international unentwegt staatliche Repräsentanten miteinander verhandeln, z. B. in der WTO, findet eine gewisse „tendenzielle Entstaatlichung“ statt, wird staatliche Regulierung auf andere Akteure übertragen und „privatisiert“. So entwickeln sich internationale politische Regulierungskomplexe und entsprechende Geflechte von Organisationen und Institutionen (Hirsch 2001, 19ff). Die „Lücken“ bzw. „das Vakuum an Reguliertem oder Regulierbarem“ befördern die Interessenrealisierung der einen und behindern die der anderen. Nicht selten fordern die Gewinner später die Legitimation ihrer Privilegien durch neue Regelungen.

Wird von „wirtschaftspolitischen Ebenen“ gesprochen, werden in der Regel die Ebenen

staatlicher Verwaltung bzw. staatlicher Aktivität zur Realisierung und Regulierung von Interessen wirtschaftlicher Akteure gemeint. Damit wird dann leicht – insbesondere beim Mainstream-Verständnis - Wirtschaftspolitik an den Staat und an die Parlamente mit ihren Fraktionen delegiert. Es wird dann häufig erklärt, dass die arbeitsteilig agierenden Staatsapparate ihr Wechselspiel harmonisieren und rationalisieren sollten, die jeweiligen Parlamentsfraktionen und die hinter ihnen stehenden Parteiorganisationen ihre Positionen abstimmen.

Das ist verständlich und wer in der parlamentarischen Demokratie am Meinungsbildungskampf um das „bessere Verwalten und Gestalten“ teilnimmt, konkrete Interessen durch Partizipation am Parlamentarismus und an der Verwaltung realisieren will, muss deren Regeln kennen und zur Kenntnis nehmen. Sie und er müssen wissen, was Parlamente, Verwaltungen und andere offizielle Akteure auf den verschiedenen Ebenen - von der kommunalen, über die Landes- und Bundesebene, die teilweise von EU- und anderen internationalen Regelungen durchzogen sind, bis hin zu den Institutionen der EU können und dürfen; was die Vereinbarungen zwischen Staaten und Blöcken, innerhalb von OECD, WTO und anderen internationalen Organisationen bedeuten.

Es wäre z. B. albern, von der Stadtverordnetenversammlung oder der Landesregierung die Abschaffung der Arbeitsmarktreformgesetze zu fordern. Aber es wäre auch verantwortungslos, darauf zu verzichten, Maßnahmen zu fordern, um die Handlungsmöglichkeiten der Kommune und des Landes zu Gunsten der Betroffenen auszuschöpfen und über die Stadtverordnetenversammlung und den Landtag Druck für Gesetzesänderungen bzw. für die Änderung von politischen Rahmenbedingungen aufzumachen. Auch können in konkreten Kontexten durchaus im Kommunalparlament und im Landtag Regelungen der EU und der WTO und der Umgang mit ihnen angegriffen werden. Ebenso können z. B. Parlamente und Verwaltungen auf der Landesebene gedrängt werden, die Handlungsmöglichkeiten von Akteuren zu verbessern, die in den Kommunen agieren.

Derartige Erwägungen sollten nicht zuletzt in Wahlprogrammen konkreten Niederschlag finden.

Man begibt sich in eine „Politikebenenverflechtungsfalle“ (siehe Einladungstext), wenn man nicht weiß, „wer was darf“. Man begibt sich aber auch in eine „Politikebenenverflechtungsfalle“, wenn man sich nur danach richtet, „wer was darf“ oder bestenfalls sagt, wer was gesetzlich „dürfen sollte“. Und man begibt sich drittens in eine „Politikebenenverflechtungsfalle“, wenn man darüber streitet, welche Ebene die wichtigste oder die wichtigere ist. Denn jede politische Auseinandersetzung ist wichtig, die darauf zielt, gesellschaftspolitische Kräfteverhältnisse so zu verändern, dass Wirtschaft sozial und ökologisch nachhaltige Gesellschaftsentwicklung ermöglicht. Wer das will, muss ständig die Frage diskutieren, wie die politische Auseinandersetzung mit den staatlichen und parlamentarischen Akteuren von Wirtschaftspolitik auf den verschiedenen Ebenen zu führen wäre. Aber es reicht nicht aus, sich darauf zu beschränken oder konzentrieren.

Die „Ebenen-Frage“ richtig stellen, heißt auch, über die „Ebenen“ hinausgehen

Die entscheidende Frage ist, wie Akteure linker Wirtschaftspolitik gestärkt werden können, wie sie mehr werden und ihre Handlungsmöglichkeiten erweitern können. Das

ist nicht zuletzt eine Frage von Wahlergebnissen, Präsenz in Parlamenten und Verwaltungen und von politischem – parlamentarischem und außerparlamentarischem - Druck auf Parlamente und Verwaltungen. Dieser „Druck“ sollte weitestgehend demokratisch und solidarisch organisiert sein, sich auf die Kooperation zu konkreten Projekten (z. B. Gesetzesinitiativen, Kinderbetreuung) und/oder konkreten Konflikten (z. B. Privatisierung, Bauvorhaben) stützen. Dabei besteht oftmals zugleich die Möglichkeit, wirksamer Interessen an konkreter internationaler Regulierung und Neuregelung zu artikulieren.

„Akteure (linker bzw.) sozial und ökologisch nachhaltiger Wirtschaftspolitik stärken“ hat vielfach mit dem Einsatz von Fördermitteln und mit Organisationsarbeit zu tun – insbesondere bei Vernetzung von an konkreten Projekten interessierten Akteuren (insbesondere Regionalentwicklung). Auch hier ist das Engagement von gewählten Abgeordneten, Räten, Bürgermeister/innen und Berufenen einer sozialistischen Partei besonders relevant. Das gilt erst recht, wenn erfolgreiche Arbeit an Projekten es erfordert, über Ressort- und territoriale Verwaltungsgrenzen hinweg zu kooperieren.

Derartige Erfahrungen sind hochgradig wichtig für die öffentliche Auseinandersetzung von Interessen in der Zivilgesellschaft als von kapitalistischen Vergesellschaftungsprozessen, politischen Macht- und Abhängigkeitsverhältnissen durchzogenem „politisch-ideologischen Kampfplatz“ (Hirsch 2001, 19). Hier werden sowohl Zustimmung zu den Herrschenden und zum status quo produziert und propagiert als auch Herrschaftskritik und gesellschaftspolitische Alternativen. Zur Herrschaftskritik gehört es, die Staatstransformation zu erklären und aufzuzeigen, wie das System der verschiedenen Ebenen die politisch Verantwortlichen für gesellschaftliche Zustände verschleiert.

In der Zivilgesellschaft wäre also über Ursachen und Zusammenhänge gesellschaftlicher Wirklichkeit aufzuklären, für Denken in linken gesellschaftspolitischen Alternativen zu werben, zur Arbeit an alternativen wirtschaftspolitischen Konzepten und konkreten Projekten – darunter auch wirtschaftlichen (z. B. Stadtteilgenossenschaften, Regionalvermarktung) – einzuladen.

Weil herrschende Akteure immer strukturell verhindern wollen, dass neue demokratische Kräfte und Allianzen entstehen, die Hegemonie und Gesellschaft verändern wollen, soll die parlamentarische Form zur Repräsentation gesellschaftspolitischer Kräfte als die einzig legitime angesehen werden. Vor Ort, in Kommunen und Regionen entstehen aber immer wieder demokratische Kräfte (wie Initiativen zur Stadtgestaltung), die keine parlamentarische Repräsentation haben. Auch das Bestreben von Individuen und Kollektiven, selbstbestimmt leben zu können, kann nicht unmittelbar parlamentarisch repräsentiert werden. Derartige Kräfte und Bestrebungen sind jedoch für die Veränderung von Hegemonie, von Gesellschaft hochgradig relevant. Sollen sie Verstetigung bzw. Nachhaltigkeit entwickeln, Verankerung für überregionale und internationale emanzipative Bewegungen sein bzw. werden, brauchen sie eine ökonomische Basis. Immer steht die Frage, wie diese organisiert werden kann.

Es kann ein weiteres „magisches Viereck“ aufgezeigt werden: Vier zusammenhängende Herausforderungen für sozialistische Wirtschaftspolitikerinnen und Wirtschaftspolitiker,

um zugleich gesellschaftspolitische Kräfteverhältnisse und wirtschaftliches Leben in Richtung sozial und ökologisch nachhaltige Entwicklung zu verändern: Erstens die Ausschöpfung aller gegebenen Handlungsmöglichkeiten in den Parlamenten und Verwaltungen sowie aus den Parlamenten und Verwaltungen heraus (Zusammenarbeit von in die Parlamente und Verwaltungen Gewählten bzw. Berufenen mit anderen politischen Akteuren – z. B. Runde Tische für die Ökologisierung kommunaler Infrastruktur); zweitens die Organisation von Einflussnahme auf wirtschaftliche bzw. wirtschaftspolitische Akteure – z. B. durch Kämpfe gegen die Privatisierung von öffentlichen Einrichtungen und Leistungen; drittens Hilfe und Mitwirkung bei der Formulierung von Forderungen, politischen Plattformen und Programmen, durch politische Bildung und Mitarbeit in emanzipativen Bewegungen und Bündnissen, Engagement für ihre überregionale, nationalstaatliche, europäische und internationale Vernetzung; viertens konkrete wirtschaftliche Tätigkeit zur Milderung und Lösung sozialer und ökologischer Probleme (solidarische Ökonomie) bei zeitgleichem Engagement für andere gesellschaftliche Entwicklungen, z. B. durch Teilnahme an Kampagnen zur Stärkung der Rechte von Asylsuchenden.

Damit geht es vielfach – jedoch nicht ausschließlich - um die Beachtung und Kritik von Gesetzen, um Gesetzesänderungen, aber auch um Regelverletzungen – z. B. bei Aktionen gegen Rüstungs- und Energie-Konzerne. Immer dreht es sich um politischen Druck auf die Herrschenden – nicht nur auf jene wenigen von ihnen, die in den Parlamenten und Verwaltungen auf den verschiedenen Ebenen agieren. Sowohl bei der Auseinandersetzung mit den Herrschenden als auch bei der Stärkung emanzipativer Akteure handelt es sich um Kräfte, die mit dem Blick auf den offiziellen Mehrebenenstaat nicht ausreichend ausgemacht und in linken politischen Strategien nicht notwendig reflektiert würden.

Wenn wir abschließend die Frage stellen, wo wir als Akteure der parlamentarischen Demokratie und der Verwaltung, als in Parteien, Gewerkschaften, gesellschaftlichen Bewegungen, in Betroffeneninitiativen und in alternativen Projekten Engagierte, als Bürgerinnen und Bürger die **nächstliegende Möglichkeit** sehen, um als Akteure linker Wirtschaftspolitik verwaltend und gestaltend, aber eben auch protestierend und Widerstand leistend, alternativ lebend und umgestalten wollend **gemeinsam** politisch wirksam werden können, dann findet sich eine scheinbar einfache Antwort: im Ringen um Erhalt, Demokratisierung und im demokratischen Ausbau des Öffentlichen - des Öffentlichen, das im Kapitalismus Staatliches ist.

Diese Antwort hat nichts mit Staatsfixiertheit zu tun, wenn sie erstens tatsächlich gemeinsam in der aufgezeigten widersprüchlichen Vielfalt gesucht wird. Und wenn sie zweitens im gemeinsamen Kampf gegen den repressiven und aggressiven Staat und gegen das Primat des Kapital- bzw. Profitinteresses gegeben wird. „Staat“ meint – wie zuvor erklärt – nicht einfach den Nationalstaat, sondern auch internationalisierte politische Regelungskomplexe in Gestalt von z. B. EU, WTO und NATO. Von diesen geht unentwegt auch internationaler Druck zur Deregulierung und Privatisierung von öffentlichen Gütern aus. Die Kämpfe lokaler Akteure gegen die Privatisierung öffentlicher Einrichtungen und Leistungen, für partizipative BürgerInnenbeteiligung bei Haushaltsfragen und anderen Entscheidungen zu staatlich-öffentlichem Ressourceneinsatz können und sollen – nicht zuletzt durch das Engagement sozialistischer Wirtschaftspolitikerinnen und –politiker – solidarisch in einen globalen

Zusammenhang gestellt und lokaler Anker internationaler globalisierungskritischer Bewegung werden

Literatur:

Dellheim, J. (2009), „Marx' Kritik der politischen Ökonomie als Bedingung für linke Wirtschaftspolitik heute“ an. In: „Marx' Kritik der politischen Ökonomie und die Linke heute“, Pankower Vorträge, Heft 135. Berlin.

Engels, F. (1973), Engels an W. Borgius, 25.1.1894, MEW, Bd. 39. Berlin.

Gramsci, A. (1986), Gefängnishefte, hg. von K. Bochmann, W. F. Haug. Hamburg.

Hirsch, J. (2001), Des Staates neue Kleider. NGO im Prozess der Internationalisierung des Staates. In: U. Brand, A. Demirovic, Ch. Görg, J. Hirsch (Hrsg.), Nichtregierungsorganisationen in der Transformation des Staates. Münster.

Hirsch, J. (1995), Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus. Berlin.

Marx, K. (1974), Grundrisse zur Kritik der politischen Ökonomie, Berlin.

Marx, K. (1961), Einleitung zur Kritik der politischen Ökonomie, MEW, Bd. 13. Berlin.

Poulantzas, N. (1978), Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Sozialistische Demokratie. Hamburg.

Schulze, H. (2008), Europa: Nation und Nationalstaat im Wandel. In: W. Weidenfeld (Hrsg.), Die Europäische Union. Politisches System und Politikbereiche. Bonn